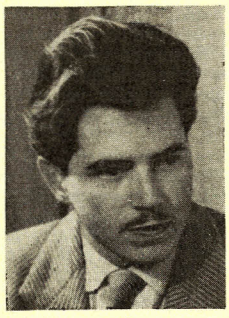
dienenden Einrichtungen das gestalterische Erscheinungsbild beherrschen sollten. Sie könnten es zum Beispiel nicht durch ihre Baumasse beziehungsweise ihre Bauhöhe; denn allenfalls das Schulgebäude erreicht eine Höhe von drei Geschossen. Es wäre absurd, wenn man aus gestalterischen Gründen mit der Wohnbebauung hinter dieser Höhe zurückbleiben wollte. Die Einrichtungen können aber auch nicht durch ihren Standort das Gesamtbild des Wohnkomplexes gestalterisch beherrschen. Die Standortansprüche sind bekanntlich sehr unterschiedlich und weisen teilweise entgegengesetzte Tendenzen auf. Während die Lage der Läden und Garagen der Führung des Fußgänger- beziehungsweise Fahrverkehrs entsprechen muß, streben die Einrichtungen für die Kinder nach der Ruhe und dem belebenden Grün der Freiflächen. Eine gestalterisch bestimmende Rolle stünde damit im Widerspruch zur Funktion. Man sollte also besser auf jede Übertreibung verzichten und die gestalterische Bedeutung der Folgeeinrichtungen des Wohnkomplexes mit ihrer funktionellen Aufgabe in Einklang bringen. Dabei bilden diese Gebäude willkommene Elemente zur gestalterischen Belebung einzelner Ensembles. Im übrigen sollte das Entscheidende in einer zweckmäßigen und künstlerisch befriedigenden Zuordnung der Folgeeinrichtungen zur Wohnbebauung, die je nach örtlicher Situation in mannigfaltiger Form gelöst werden kann, zu sehen sein.

Im Rahmen des Wohnbezirks liegen die Dinge etwas anders, weil hier zusätzlich zur materiellen Versorgung Einrichtungen mit übergeordneten politischen, kulturellen und Verwaltungsfunktionen auftreten, die ihre Aufgabe als Träger des Lebens der menschlichen Gesellschaft dokumentieren müssen. Aber auch dabei gilt die Frage, ob diese Einrichtungen, die in ihrem Raumbedarf vielleicht gar nicht ausreichen oder aus anderen Gründen ungeeignet sind, ein Hochhaus zu füllen, unbedingt durch ihre Bauhöhe dominieren müssen. Man sollte aus Mangel an geeigneteren Dominanten jedenfalls nicht zum Junggesellenhochhaus greifen, um quasi mit Gewalt das Wohnbezirkszentrum zu markieren, wie das in einem Teil der Wettbewerbsentwürfe vorgeschlagen wurde. Das wäre doch wohl eine falsche Interpretierung des Inhalts und der Ziele unserer Gesellschaftsordnung. Wenn schon ein Hochhaus vorgesehen werden soll, so könnte man in ihm besser Verwaltungsdienststellen der Industrie oder des Handels unterbringen. Aber auch ohne Hochhaus sollten Möglichkeiten zu finden sein, die das Herz des Wohnbezirks zum gestalterischen Höhepunkt und zum Erlebnis werden lassen. Die Bedeutung des Zentrums muß deshalb im baulichen Ausdruck nicht zu kurz kommen, wie Professor Reuter befürchtet, und zwar auch dann nicht, wenn in den Wohnkomplexen an einzelnen begründeten Standorten Wohnhochhäuser vorgesehen werden. Eine solche Fülle von Hochhäusern allerdings, wie sie von einigen Wettbewerbsteilnehmern für das Wohngebiet um den Fennpfuhl vorgeschlagen wird, für die weder gestalterisch noch von den Wohnwünschen der Bevölkerung her ein echtes Bedürfnis bestehen dürfte, ist selbstverständlich abzulehnen. Bei Dr. May stört dabei weniger die Anzahl als vielmehr die Länge dieser Gebäude im östlichen Teil des Wohngebiets.

Im übrigen teile ich Prof. Reuters Ansicht nicht, wenn er sagt, daß sich im Entwurf May die Dominante des Zentrums gegenüber den zehngeschossigen Wohnhäusern nicht durchsetzen könne. Die Wohnhochhäuser markieren im wesentlichen den Rand des Wohnbezirks und bleiben mit respektablem Abstand dem Zentrum fern, so daß diese Befürchtung bei May weniger begründet erscheint als bei einigen anderen Wettbewerbsentwürfen.

Soweit einige Bemerkungen zu den von Professor Reuter aufgeworfenen Problemen, die damit zweifellos noch nicht erschöpfend behandelt sind! Die Gelegenheit zur offenen Diskussion wurde dankbar ergriffen, denn nur aus Rede und Gegenrede können weitere Erkenntnisse für die Arbeit in Praxis und Theorie geschöpft werden.



Ist unsere Architektur zu aufwendig?

Architekt Ingo Schönrock

In den Tageszeitungen und besonders in der Zeitschrift „Deutsche Architektur" wurde in den letzten Jahren sehr viel über „sozialistischen Realismus" diskutiert, ohne daß sich unsere Architekten und besonders auch die führenden Architekten der Deutschen Bauakademie über diesen Begriff völlig klar waren.

Ich muß bemerken, daß es nicht im Rahmen dieses Artikels liegt, diesen Begriff vollends zu klären. Die dogmatische Auffassung der Theorie von der Weiterentwicklung und Anwendung des nationalen Kulturerbes im Industriebau gilt es hier zu widerlegen.

Die oft durch nichts gerechtfertigten turmartigen Aufbauten, die zahlreichen Attiken, Ballustraden, Arkaden und Kollonaden, dorischen Säulen und anderer aus der Vergangenheit übernommener Aufwand haben leider beim Wohnungsbau bis zum Jahre 1955 unserem Volke beachtliche Kosten verursacht.

In der „Deutschen Architektur" (9/1957, Seite 479) wird wieder davon gesprochen, daß der alte Weg angeblich nicht abwegig war und neu beschritten werden soll. Herr Professor Paulick schreibt:

„Der ‚Umweg' war keineswegs ein Umweg, sondern der Anfang eines gradlinigen Weges, den die meisten Kollegen Industriebauer weder erkannt noch beschritten haben."

Aber wir Industriearchitekten sind nur sehr froh darüber, daß wir diesen Weg nie beschritten haben!

Hier möchte ich die Worte des Kollegen Dipl.-Ing. Ernst Schneider („Deutsche Architektur", 10/1956, Seite 465) einfügen:

„Wir waren und sind der Meinung und glauben damit der Volkswirtschaft gedient zu haben, daß wir uns bei dem Umfang der gestellten Aufgaben derartige Experimente nicht leisten konnten."

Und weiter schreibt Herr Professor Paulick:

„... den wir weiter beschreiten müssen und, soweit wir genügend Bewußtsein aufbringen, auch weiter beschreiten werden".

Oft genug haben unsere Kollegen der Deutschen Bauakademie direkt oder indirekt den Versuch unternommen, ihre Anschauungen auch auf die Industriearchitektur auszudehnen (siehe „Deutsche Architektur", Heft 1/1954, Seite 27 und Heft 9/1955, Seite 389, 390!).

Diese Theorien konnten auf dem Gebiet des Industriebaus nicht überzeugend wirken.

Der Industriebau beginnt mit der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus. Der Überbau, also auch die Kunst, soll die Basis, und zwar die Produktionsverhältnisse, widerspiegeln. Wir sind auf dem Wege zum Sozialismus. Deshalb muß unsere Architektur als die Kunst mit dem größten gesellschaftlichen Aufwand diese sozialistischen Verhältnisse widerspiegeln.

In der Periode des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaftsordnung stehen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit an erster Stelle.

Diese Verhältnisse werden jedoch nicht durch die neue Architektur einiger Aufbaustädte widergespiegelt. Außerdem gerieten die Theoretiker in folgenden unlösbaren Widerspruch:

Zur gleichen Zeit, als einige mit historischen Elementen überladene Straßenzüge errichtet wurden, waren primitive, sogenannte „Kernbauten" für unsere Neubauern errichtet worden, und viele Menschen unserer Republik warteten noch auf eine Wohnung.

Zur gleichen Zeit, als Bürger unserer Republik noch auf Fußböden aus einfachsten Mauerziegeln in den „Kernbauten" wohnen mußten, wurden Wohnhäuser mit aufwendigen Treppenhallen, die mit teurem Naturstein belegt waren, errichtet.

Ein Widerspruch, der hoffentlich durch den typisierten Wohnungsbau und durch die bereits teilweise eingeführte Industrialisierung im Bauwesen beseitigt ist.

Allein im demokratischen Sektor von Groß-Berlin werden in den nächsten Jahren noch weitere 170 000 Wohnungen benötigt („Berliner Zeitung" vom 3. 10. 1957, Seite 5).

Deshalb werden wir für den Preis einer Wohnung der Stalinallee nach bestätigten, für die gesamte Deutsche Demokratische Republik verbindlichen, auf Grund internationaler Richtlinien entwickelten Typen zwei bis drei Wohnungen in diesem Fünfjahrplan bauen. Aus den Fehlern der Vergangenheit sollten wir lernen; auch Herr Professor Paulick! Seine Bauabschnitte C-Nord und C-Süd der Berliner Stalinallee fallen bei kritischer Betrachtung durch den „Spargelurwald" auf dem Dach in Stahlbeton, durch hallenähnliche Treppenflure und durch einen besonders aufwendigen Portikus besonders auf.

Wie wertlos einige Ornamente gerade an diesem Bauabschnitt sind, die oft nicht einmal einer ausdruckslosen Plakatkunst gleichkommen, zeigt ein Beispiel: Ein Emblem des ersten Fünfjahrplanes, aus zahlreichen, mühevoll handgeformten Keramikplatten zusammengesetzt, das hinter dem Portikus am Block C-Nord angebracht wurde, ist für den Beschauer unsichtbar und damit wertlos, da es hinter der aufwendigen Attika verschwindet. Ornamente an falscher Stelle und die vielen Nachahmungen der Ornamente vergangener Stile sind unzweckmäßig.

Schöne Architektur muß unbedingt zweckmäßig sein! Sie muß den Wünschen der Gesellschaft entsprechen und ihre Verhältnisse, also die Basis, wahrheitsgetreu mit den Mitteln der Gesellschaft widerspiegeln.

Bei allen Industrieprojekten, die im letzten Jahrzehnt auf unseren Reißbrettern entstanden, haben wir versucht, die hygienischen und sozialen Forderungen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

Gelegentlich wirft Herr Professor Paulick uns Industriearchitekten vor, dem „sozialistischen Realismus" und damit der Arbeiterklasse feindlich gegenüberzustehen.

Herr Professor Paulick möchte der Arbeiterklasse selbst die Frage stellen, was den Arbeitern realer erscheint: „Statt einer großen Wohnung mit viel Ornamenten, griechischen Säulen, aufwendig profilierten Fenstern drei Wohnungen? Statt Prachtstraßen normale Wohnviertel mit allen Folgeeinrichtungen einer sozialistischen Gesellschaft?"

Ich glaube, die Antwort hierauf würde eindeutig sein:

„Wir haben keine Mittel zur Verschwendung für Kosmetikfassaden, und wir haben auch keine Mittel zur Verschwendung für städtebauliche ‚Affensprünge und Bärentänze', wie sie im Berliner Hansaviertel durch einige internationale Architekturstars demonstriert werden."

Die Pläne der neuen sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda sind vielversprechend. Ich glaube, daß wir damit dem sozialistischen Realismus näherkommen und im industriellen Bauen einen gewaltigen Fortschritt machen.

Die moderne Putztechnik, die Farbe am Bau, industriell hergestellte Betonelemente und die in unserer Bauwirtschaft bisher vernachlässigte Oberflächenbehandlung des Betons bringen die sozialistischen Ideen viel besser zum Ausdruck als die oben kritisierten Bauelemente.

Probleme der Industrialisierung im Industriebau

Die im Artikel von Herrn Professor Paulick geübte Kritik in bezug auf die Industrialisierung in den Entwürfen der „Industriebauten" des Kombinats „Schwarze Pumpe" geschieht zu unrecht.

Die Vorentwürfe, Grundprojekte und weitere Projektierungen wurden nicht von Kollegen angefertigt, die im Bereich des Ministeriums für Aufbau arbeiten, sondern im Ministerium für Kohle und Energie. Man will uns zwar für die Einführung der Industrialisierung und Typenprojektierung verantwortlich machen, aber die grundlegende Konzeption der Bauten in dem riesigen Kombinat „Schwarze Pumpe" wurde von einem anderen Ministerium festgelegt. Zu der Zeit, als die Entwurfsbüros für Industriebau des Ministeriums für Aufbau mit der Ausführung beauftragt wurden, fertigte man schon Teile der sehr umfangreichen Technologie, die ebenfalls zusammen mit den Bauten festgelegt war. Wir haben keinen Versuch unterlassen, um Dinge zu ändern, die grundsätzlich gegen die Industrialisierung verstoßen; aber in einem Stadium der Projektierung und Ausführung, wie diese nationale Bauaufgabe ohne unser Wissen gediehen war, ließ sich wenig verbessern. Jedoch generell scheint sich Herr Professor Paulick nicht mit dem Problem industriellen Bauens im Industriebau vertraut gemacht zu haben, sonst könnte er nicht zu den vielen in dem erwähnten Artikel aufgeführten Kritiken kommen.

Bei einem großen Teil der Industriebauten haben wir Nutzlasten von 1000 kg/m² und mehr. In diesen Fällen scheint selbst eine teilweise Montagebauweise in Frage gestellt, da die Kosten bis zu 200 Prozent der monolithischen Konstruktion ansteigen. Bei einem bestimmten Bauwerk im Kombinat „Schwarze Pumpe" verursachen allein die Montage und Unterhaltung der notwendigen Krananlagen mit den dazugehörenden Gleisanlagen etwa 1 Mill. DM.

Unter den geschilderten Verhältnissen scheint ein Montagebau nur bei vorzeitig geforderter Montagefreiheit für die Technologie gerechtfertigt. Wer in die Probleme der Industrieprojektierung eingedrungen ist, wird nicht behaupten, daß wir uns „mit den fadenscheinigsten Begründungen vor der Anwendung typisierter Bauelemente herumwinden", wie Herr Professor Paulick schreibt. Vorbedingung für eine Typisierung und Industrialisierung im Industriebau ist die Typung der einzubauenden Technologie. Hier liegt das Problem! Wir sind seit Jahren bemüht, es zu lösen.

Mögen alle Städte, Stadtteile, Siedlungen und Bauten so gestaltet und verwirklicht werden, daß in ihnen jener Hauch zu spüren ist, den man nur mit dem Begriff „Heimat" wiedergeben kann. Das soll unsere vornehmste Aufgabe beim Aufbau des Sozialismus im zweiten Fünfjahrplan sein.